

	ORTSRECHT WACHTENDONK	
10 - 01	- Hauptsatzung -	10 - 01

**Hauptsatzung
der Gemeinde Wachtendonk**

Vom 5.9.2000 ¹

Aufgrund von § 7 Abs. 3 Satz 1 in Verbindung mit § 41 Abs. 1 Satz 2 f) der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW. S. 475/SGV. NRW. 2023), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28.03.2000 (GV NRW S. 245), hat der Rat der Gemeinde Wachtendonk am 24.08.2000 mit der Mehrheit der gesetzlichen Anzahl der Ratsmitglieder die folgende Hauptsatzung beschlossen:

**§ 1
Name, Bezeichnung, Gebiet**

- (1) Die Gemeinde Wachtendonk besteht seit dem 01. Juli 1969. Sie wurde aufgrund des Gesetzes zur Neugliederung des Landkreises Geldern vom 11.03.1969 (GV. NRW. S. 152) durch Zusammenschluss der früher selbständigen Gemeinden Wachtendonk und Wankum gebildet.
- (2) Die Gemeinde Wachtendonk liegt im südlichen Teil des Kreises Kleve. Das Gemeindegebiet umfasst 47,90 qkm.

**§ 2
Wappen, Flagge, Siegel**

- (1) Der Gemeinde ist mit Urkunde des Regierungspräsidenten in Düsseldorf vom 30.10.1971 das Recht zur Führung eines Wappens verliehen worden.

Beschreibung des Wappens:

Im goldenen (gelben) Feld ein aus dem unteren Schildrand wachsender zweigeschossiger roter Turm, wobei das untere Geschoss mit sechs, das obere Geschoss mit vier Zinnen versehen ist. Darüber schwebt eine rote Lilie.

- (2) Der Gemeinde ist ferner mit Urkunde des Regierungspräsidenten in Düsseldorf vom 30.10.1971/07.06.1972 das Recht zur Führung einer Flagge verliehen worden. Beschreibung der Flagge:

Banner:

Rot-Gold-Rot im Verhältnis 1:3,5:1 längsgestreift mit dem Gemeindewappen etwas oberhalb der Mitte.

Hissflagge:

Rot-Gold-Rot im Verhältnis 1:3,5:1 längsgestreift (d. h. entlang der längeren Seitenlinie) mit dem Gemeindewappen etwas zur Stange hin verschoben.

- (3) Die Gemeinde führt ein Dienstsiegel mit dem Gemeindewappen. Das Dienstsiegel gleicht in Form und Größe dem dieser Hauptsatzung beigedrückten Siegel.

¹ Zuletzt geändert durch Satzung vom 09.11.2020

	ORTSRECHT WACHTENDONK	
10 - 01	- Hauptsatzung -	10 - 01

§ 3

Einteilung des Gemeindegebietes in Ortschaften

- (1) Das Gemeindegebiet wird in folgende Ortschaften eingeteilt:

Stadt Wachtendonk
Wankum

Die räumliche Abgrenzung der Ortschaften entspricht den Grenzen der früheren Gemeinden Wachtendonk und Wankum.

- (2) Für jede Ortschaft wird vom Rat ein Ortsvorsteher/eine Ortsvorsteherin gewählt. Die Wahl erfolgt für die Dauer der Wahlzeit des Rates. Der Ortsvorsteher/die Ortsvorsteherin soll in der Ortschaft, für die er/sie bestellt wird, wohnen und dem Rat angehören oder angehören können. Der Bürgermeister und seine StellvertreterInnen sollen nicht zum Ortsvorsteher/zur Ortsvorsteherin gewählt werden.
- (3) Der Ortsvorsteher/die Ortsvorsteherin hat die Belange der jeweiligen Ortschaft gegenüber dem Rat wahrzunehmen. Im Rahmen dieser Aufgabe ist er/sie jederzeit berechtigt und verpflichtet, Wünsche, Anregungen und Beschwerden aus der jeweiligen Ortschaft aufzugreifen und an den Rat oder an den für die Entscheidung der Angelegenheit zuständigen Ausschuss weiterzuleiten. Der Rat bzw. der Ausschuss sollen den Ortsvorsteher/die Ortsvorsteherin vor der Entscheidung über Angelegenheiten, die Belange der Ortschaft berühren, hören. Die Anhörung kann sowohl schriftlich als auch mündlich erfolgen. Sie soll mündlich erfolgen, wenn die OrtsvorsteherInnen in einer Angelegenheit dem Rat Wünsche, Anregungen oder Beschwerden vorgetragen hat.
- (4) Der Bürgermeister kann die OrtsvorsteherInnen mit der Erledigung bestimmter Geschäfte der laufenden Verwaltung beauftragen. Die OrtsvorsteherInnen führen diese Geschäfte in Verantwortung gegenüber dem Bürgermeister durch.
- (5) Der Bürgermeister ist berechtigt, die OrtsvorsteherInnen in geeigneten Fällen für den Bereich ihrer Ortschaft mit der Wahrnehmung repräsentativer Aufgaben und Verpflichtungen zu beauftragen.
- (6) Die OrtsvorsteherInnen erhalten keine Aufwandsentschädigung.

§ 4

Unterrichtung der Einwohner

- (1) Der Rat hat die Einwohner über allgemein bedeutsame Angelegenheiten der Gemeinde zu unterrichten. Die Unterrichtung hat möglichst frühzeitig zu erfolgen. Über die Art und Weise der Unterrichtung (z. B. Hinweis in der örtlichen Presse, öffentliche Anschläge, schriftliche Unterrichtung aller Haushalte, Durchführung besonderer Informationsveranstaltungen, Abhaltung von Einwohnerversammlungen) entscheidet der Rat von Fall zu Fall.
- (2) Eine Einwohnerversammlung soll insbesondere stattfinden, wenn es sich um Planungen oder Vorhaben der Gemeinde handelt, die die strukturelle Entwicklung der Gemeinde unmittelbar und nachhaltig beeinflussen oder die mit erheblichen Auswirkungen für eine Vielzahl von Einwohnern verbunden sind. Die Einwohnerversammlung kann auf Teile des Gemeindegebietes beschränkt werden.

	ORTSRECHT WACHTENDONK	
10 - 01	- Hauptsatzung -	10 - 01

- (3) Hat der Rat die Durchführung einer Einwohnerversammlung beschlossen, so setzt der Bürgermeister Zeit und Ort der Versammlung fest und lädt alle Einwohner durch öffentliche Bekanntmachung ein. Die in der Geschäftsordnung für die Einberufung des Rates festgelegten Ladungsfristen gelten entsprechend. Der Bürgermeister führt den Vorsitz in der Versammlung. Zu Beginn der Versammlung unterrichtet der Bürgermeister die Einwohner über Grundlagen, Ziele, Zwecke und Auswirkungen der Planung bzw. des Vorhabens. Anschließend haben die Einwohner Gelegenheit, sich zu den Ausführungen zu äußern und sie mit den vom Rat zu bestimmenden Ratsmitgliedern aller Fraktionen und dem Bürgermeister zu erörtern. Eine Beschlussfassung findet nicht statt. Der Rat ist über das Ergebnis der Einwohnerversammlung in seiner nächsten Sitzung zu unterrichten.
- (4) Die dem Bürgermeister aufgrund der Geschäftsordnung obliegende Unterrichtspflicht bleibt unberührt.

§ 5

Anregungen und Beschwerden

- (1) Jeder hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Anregungen und Beschwerden an den Rat zu wenden. Anregungen und Beschwerden müssen Angelegenheiten betreffen, die in den Aufgabenbereich der Gemeinde Wachtendonk fallen.
- (2) Anregungen und Beschwerden, die nicht in den Aufgabenbereich der Gemeinde Wachtendonk fallen, sind vom Bürgermeister an die zuständige Stelle weiterzuleiten. Der Antragsteller ist hierüber zu unterrichten.
- (3) Für die Erledigung von Anregungen und Beschwerden im Sinne von Abs. 1 bestimmt der Rat den Haupt- und Finanzausschuss.
- (4) Der für die Erledigung von Anregungen und Beschwerden nach Abs. 3 zuständige Ausschuss hat die Anregungen und Beschwerden inhaltlich zu prüfen und, soweit er nicht selbst zuständig ist, an die zur Entscheidung berechnigte Stelle zu überweisen. Bei der Überweisung kann er Empfehlungen aussprechen, an die die zur Entscheidung berechnigte Stelle nicht gebunden ist.
- (5) Das Recht des Rates, die Entscheidung einer Angelegenheit, die den Gegenstand von Anregungen und Beschwerden bildet, an sich zu ziehen (§ 41 Abs.2, 3 GO), bleibt unberührt.
- (6) Von einer Prüfung von Anregungen und Beschwerden soll abgesehen werden,
 - a) wenn sein Inhalt einen Straftatbestand erfüllt,
 - b) wenn er gegenüber einem bereits geprüften Bürgerantrag kein neues Sachvorbringen enthält.
- (7) Der Antragsteller ist über die Stellungnahme des nach Abs. 3 zuständigen Ausschusses durch den Bürgermeister zu unterrichten.

§ 6

Bezeichnung des Rates

Der Rat führt die Bezeichnung "Rat der Gemeinde Wachtendonk".

	ORTSRECHT WACHTENDONK	
10 - 01	- Hauptsatzung -	10 - 01

§ 7 Dringlichkeitsentscheidungen

Dringlichkeitsentscheidungen des Hauptausschusses oder des Bürgermeisters mit einem Ratsmitglied (§ 60 Abs. 1 und 2 GO) bedürfen der Schriftform.

§ 8 Ausschüsse

- (1) Der Rat beschließt, welche Ausschüsse außer den in der Gemeindeordnung oder in anderen gesetzlichen Vorschriften vorgeschriebenen Ausschüssen gebildet werden. Die Zahl der Ausschussmitglieder soll ungerade sein.
- (2) Der Rat kann für die Arbeit der Ausschüsse allgemeine Richtlinien aufstellen.
- (3) Die Ausschüsse werden ermächtigt, in Angelegenheiten ihres Aufgabenbereiches die Entscheidung dem Bürgermeister zu übertragen. Der Rat kann sich für einen bestimmten Kreis von Geschäften oder für einen Einzelfall die Entscheidung vorbehalten.
- (4) Die Aufgaben des Finanzausschusses werden vom Hauptausschuss wahrgenommen. Dieser führt die Bezeichnung "Haupt- und Finanzausschuss".
- (5) Die Aufgaben nach dem Denkmalschutzgesetz vom 11.03.1980 (GV. NRW. S. 226/SGV. NRW. 224) werden vom Ausschuss für kommunales Fördermanagement, Gemeindegestaltung, Tourismus und Digitales wahrgenommen. An Beratungen von Aufgaben nach dem Denkmalschutzgesetz können zusätzlich für die Denkmalpflege sachverständige Bürger mit beratender Stimme teilnehmen. Die Bestellung der sachverständigen Bürger erfolgt durch den Rat.
- (6) Die Aufgaben des Werksausschusses für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung "Betriebshof der Gemeinde Wachtendonk" nimmt der Haupt- und Finanzausschuss wahr.
- (7) Die Vorsitzenden der Ausschüsse können vom Bürgermeister jederzeit Auskunft über die Angelegenheiten verlangen, die zum Aufgabenbereich ihres Ausschusses gehören; sie haben insoweit zum Zwecke der Unterrichtung ihres Ausschusses auch das Recht auf Akteneinsicht in den Räumen der Gemeindeverwaltung. Der Bürgermeister entscheidet über die Anwesenheit von Mitarbeitern der Verwaltung bei der Akteneinsicht.

§ 9 ¹ Aufwandsentschädigung, Verdienstausfallersatz

- (1) Die Mitglieder des Rates erhalten eine Aufwandsentschädigung in Form eines monatlichen Pauschalbetrages und ein Sitzungsgeld nach Maßgabe der "Verordnung über die Entschädigung der Mitglieder kommunaler Vertretungen und Ausschüsse - Entschädigungsverordnung -" für die Teilnahme an Rats-, Ausschuss- und Fraktionssitzungen. Die Anzahl der Fraktionssitzungen, für die das Sitzungsgeld gezahlt wird, wird auf 18 Sitzungen im Jahr be-

¹ § 9 Abs. 1 Satz 3 eingefügt durch Änderungssatzung vom 12.03.2013, gültig ab 26.03.2013

§ 9 Abs. 2 Satz 2 gestrichen durch Änderungssatzung vom 12.03.2013, gültig ab 26.03.2013

§ 9 Abs. 2 Satz 3 eingefügt durch Änderungssatzung vom 12.03.2013, gültig ab 26.03.2013

§ 9 Abs. 3 in der Fassung der Änderungssatzung vom 12.03.2013, gültig ab 26.03.2013

§ 9 Abs. 5 in der Fassung der Änderungssatzung vom 13.10.2017, gültig ab 26.10.2017

§ 9 Abs. 5 in der Fassung der Änderungssatzung vom 09.11.2020, gültig ab 06.12.2020

	ORTSRECHT WACHTENDONK	
10 - 01	- Hauptsatzung -	10 - 01

schränkt. Fraktionssitzungen, die der Vorbereitung der Haushaltsplanberatungen dienen, werden auf diese Beschränkung nicht angerechnet.

- (2) Sachkundige Bürger und sachkundige Einwohner erhalten für die Teilnahme an Ausschuss- und Fraktionssitzungen ein Sitzungsgeld nach Maßgabe der Entschädigungsverordnung. Für die Teilnahme an Fraktionssitzungen erhalten stellvertretende sachkundige Bürger nur dann ein Sitzungsgeld, wenn tatsächlich ein Vertretungsfall im Ausschuss erfolgt. Anzahl der Fraktionssitzungen, für die das Sitzungsgeld bezahlt wird, wird auf 12 Sitzungen im Jahr beschränkt. Fraktionssitzungen, die der Vorbereitung der Haushaltsplanberatungen dienen, werden auf diese Beschränkung nicht angerechnet.
- (3) Rats- und Ausschussmitglieder haben Anspruch auf Ersatz des Verdienstauffalls, der ihnen durch die Mandatsausübung entsteht, soweit sie während der Arbeitszeit erforderlich ist. Der Anspruch besteht auch für maximal 8 Arbeitstage je Wahlperiode im Falle der Teilnahme an kommunalpolitischen Bildungsveranstaltungen, die der Mandatsausübung förderlich sind.

Hierbei gelten folgende Regeln:

- a) Der Verdienstauffall wird für jede Stunde der versäumten Arbeitszeit berechnet, wobei die letzte angefangene Stunde voll zu rechnen ist
- b) Der Regelstundensatz wird auf 10 Euro festgesetzt.
- c) In keinem Fall darf der Verdienstauffallersatz den Betrag von 20 Euro je Stunde überschreiten. Er wird für höchstens 8 Stunden je Tag gewährt.
- d) Personen, die einen Haushalt mit mindestens 2 Personen, von denen mindestens eine ein Kind unter 14 Jahren oder eine anerkannt pflegebedürftige Person nach SGB XI ist, oder einen Haushalt mit mindestens 3 Personen führen und nicht oder weniger als 20 Stunden je Woche erwerbstätig sind, erhalten für die Zeit der mandatsbedingten Abwesenheit vom Haushalt mindestens den Regelstundensatz. Auf Antrag werden statt des Regelstundensatzes die notwendigen Kosten für eine Vertretung im Haushalt ersetzt.
- (4) Stellvertretende BürgermeisterInnen nach § 67 Abs. 1 GO NRW und Fraktionsvorsitzende - bei Fraktionen mit mindestens 8 Mitgliedern auch ein stellvertretender Fraktionsvorsitzender - erhalten neben den Entschädigungen, die ihnen nach Abs. 1 zustehen, eine Aufwandsentschädigung nach Maßgabe der Entschädigungsverordnung.
- (5) Die Ausschussvorsitzenden – mit Ausnahme des Wahlprüfungsprüfungsausschusses – erhalten eine zusätzliche Aufwandsentschädigung gemäß § 46 GO NRW in Form eines Sitzungsgeldes gemäß der gültigen Entschädigungsverordnung (EntschVO).

§ 10 Genehmigungen von Rechtsgeschäften

- (1) Verträge der Gemeinde mit Mitgliedern des Rates oder der Ausschüsse sowie mit dem Bürgermeister und den leitenden Dienstkräften der Gemeinde bedürfen der Genehmigung des Rates.

	ORTSRECHT WACHTENDONK	
10 - 01	- Hauptsatzung -	10 - 01

- (2) Keiner Genehmigung bedürfen:
- a) Verträge, die auf der Grundlage feststehender Tarife abgeschlossen werden,
 - b) Verträge, denen der zuständige Ausschuss auf der Grundlage einer von der Gemeinde vorgenommenen Ausschreibung zugestimmt hat.
 - c) Verträge, deren Abschluss ein einfaches Geschäft der laufenden Verwaltung (§ 41 Abs. 3 GO NRW) darstellt.
- (3) Leitende Dienstkräfte im Sinne dieser Vorschrift sind der Bürgermeister und sein allgemeiner Vertreter.

§ 11 Bürgermeister

- (1) Geschäfte der laufenden Verwaltung gelten im Namen des Rates als auf den Bürgermeister übertragen, soweit nicht der Rat sich oder einem Ausschuss für einen bestimmten Kreis von Geschäften oder für einen Einzelfall die Entscheidung vorbehält. Nähere Einzelheiten sind in der "Zuständigkeitsregelung" (Übertragung von Entscheidungen auf Ausschüsse und den Bürgermeister) geregelt.
- (2) Im Übrigen hat der Bürgermeister nach pflichtgemäßem Ermessen darüber zu entscheiden, welche Angelegenheiten als Geschäfte der laufenden Verwaltung anzusehen sind.

§ 11 a ¹ Leitende Führungsfunktionen auf Probe

Ämter mit leitenden Funktion (§ 25a Abs. 8 Nr. 2 Landesbeamtengesetz) werden auf Probe übertragen.

§ 12 ² Öffentliche Bekanntmachungen

- (1) Öffentliche Bekanntmachungen der Gemeinde, die durch Rechtsvorschrift vorgeschrieben sind, werden vollzogen durch Aushang in folgenden Bekanntmachungskästen:
- Wachtendonk, am Rathaus (Mühlenstraße)
 - Wankum, Marienplatz.
- Der Aushang erfolgt für die Dauer von mindestens einer Woche. Auf den Aushang wird gleichzeitig in der Tageszeitung „Rheinische Post“ hingewiesen.
- (2) Zeit, Ort und Tagesordnung der Rats- und Ausschusssitzungen werden durch Aushang in den in Abs. (1) genannten Bekanntmachungskästen öffentlich bekannt gemacht.
- (3) Ist ein den Aushang begleitender Hinweis in der nach Abs. 1 festgelegten Form infolge höherer Gewalt oder sonstiger unabwendbarer Ereignisse nicht möglich, so erfolgt die Bekanntmachung ersatzweise alleine durch Aushang an den vorgesehenen Anschlagtafeln. Ist

¹ § 11 a eingefügt durch Änderungssatzung vom 2.7.2007, gültig ab 6.7.2007

² § 12 Abs. 1 in der Fassung der Änderungssatzung vom 2.7.2007, gültig ab 6.7.2007

	ORTSRECHT WACHTENDONK	
10 - 01	- Hauptsatzung -	10 - 01

der Hinderungsgrund entfallen, wird der Hinweis nach Abs. 1 unverzüglich nachgeholt und der Aushang an den vorgesehenen Anschlagtafeln zeitgleich nochmals für den Zeitraum von mindestens einer Woche vorgenommen.

§ 13¹
Inkrafttreten

Die Hauptsatzung tritt mit dem Tage nach der Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die frühere Hauptsatzung vom 30.10.1984 außer Kraft.

¹ In Kraft getreten am 8.9.2000